

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

260 (7.11.1922)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 2.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 2.85 M; in der Geschäftsstelle und bei untern Karlsruhern Abgaben abgeholt 2.15 M monatlich. Einzelnummern 10 M.

Ausgabe: Wochens mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Zuisenfr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 129; Redaktion Nr. 481.

Einzeigen: Die einspaltige Kolonelleite 22.-M, auswärts 27.-M. Die Restamegeile 80.-M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefluß 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Eine große Anleihe für Deutschland? — Die Brüsseler Konferenz

Die deutschen Vorschläge an die Reparationskommission

Der Berliner Berichterstatter des „Zeit-Pariser“ berichtet, daß die beiden der Reparationskommission übermittelten Dokumente konträre Vorschläge enthalten, namentlich praktische Mittel zur Stabilisierung der Mark. Das Problem der Stabilisierung, unter dem Deutschen Lande, soll durch eine äußere Geldanleihe von 500 Millionen Mark gelöst werden, und man hoffe dadurch den weiteren Sturz der Mark aufhalten zu können und auch zu einem geordneten Budget zu gelangen. Hinsichtlich der Erlangung des Geldes überläßt die deutsche Regierung sich dem guten Willen und den Bemühungen der Reparationskommission. Die deutsche Regierung verlange nicht ausdrücklich ein Moratorium und auch nicht eine Herabsetzung des Zahlungsplanes von London. Die Vorschläge hätten in den interessierten Kreisen den Eindruck eines großen Mangels an Erfindung gemacht hinsichtlich der Mittel, die Deutschland durch seine eigenen Hilfsquellen zur Befreiung der Krise finden könne.

Die die „Germania“ mitteilt, ist eine Veröffentlichung der deutschen Vorschläge an die Reparationskommission zunächst nicht in Aussicht genommen. Die „Völkische Zeitung“ will wissen, daß in den deutschen Vorschlägen erklärt werde, eine Stabilisierung der deutschen Währung sei in der Hauptsache davon abhängig, daß die Reparationsverpflichtungen Deutschlands auf ein tragbares Maß herabgesetzt werde. Die Reichsregierung schlage der Reparationskommission vor, sich mit einem internationalen Finanzkonferenzen in Verbindung zu setzen, das gemeinsam mit der deutschen Reichsregierung eine internationale Anleihe in Höhe von 500 Millionen Goldmark aufzubringen sollte zum Zwecke der Stabilisierung der deutschen Währung.

Zur Konferenz in Brüssel

22. London, 6. Nov. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt zu der Absicht der belgischen Regierung, die Reparationskommission und eine Schuldent Konferenz am 5. Dez. nach Brüssel einzuberufen. Bonar Law drückte die Sympathie und Bereitschaft aus, in dieser, wie in anderen lebenswichtigen Fragen mit Frankreich zusammen zu wirken, legte jedoch dar, daß er, bevor das Ergebnis der kommenden Neuwahlen feststehe, keine endgültige politische Linie geben könne. Dem Berichterstatter zufolge nehmen an der Brüsseler Konferenz teil Belgien, das britische Reich, Frankreich, Spanien, Griechenland, Portugal usw.

Weiter wird gemeldet: Im Einkommen mit Paris hatte die belgische Regierung bereits Anfang Oktober eine Initiative in dieser Richtung unternommen. Sie war jedoch an der belgischen Regierung der damaligen englischen Regierung gescheitert. Kurz nach dem Kabinettswechsel in London hat die belgische Regierung ihre Bemühungen wieder aufgenommen und diesmal mit besserem Erfolg. Lord Curzon hat in Paris wissen lassen, die belgische Regierung sei in Anbetracht der allgemeinen politischen Lage und angesichts der finanziellen Katastrophe in Deutschland bereit, im Dezember an einer internationalen Konferenz zur Regelung der Reparationsverpflichtungen teilzunehmen. Französische Kreise wissen, daß die Konferenz zu der alle Großmächte Deutschlands eingeladen werden sollen, eine Ausprägung der Ministerpräsidenten Frankreichs, Englands, Belgiens und Italiens vorzuziehen soll.

Eine Meldung des „Times“ aus Brüssel besagt, daß alle Einzelheiten in der Schwebelage seien. Insbesondere sei es noch unklar, ob die Konferenz Anfang oder Ende Dezember stattfinden solle. Die Regierung der Vereinigten Staaten habe vor einigen Tagen bereits die Absicht kundgegeben, sich auf einer Konferenz zum Studium der europäischen Finanzprobleme vertreten zu lassen. Sie hat jedoch daran die Bedingung geknüpft, daß die Frage der internationalen Schuldens nicht aufgeworfen werde und daß die Einzelheiten über die europäischen Finanzprobleme auf die Ebene aller Länder ohne Unterschied ausgedehnt werde. Ungewißheit besteht darüber, ob die Delegierten Amerikas auch diesmal wieder nur als offizielle Beobachter an den Besprechungen teilnehmen werden, oder ob sie Vollmacht haben werden, im Namen der amerikanischen Regierung zu verhandeln und internationalen Abmachungen beizutreten.

Scharfe französische Kritik an dem Nachwerk des Versailler Vertrages

In der Sitzung der französischen Kammer am Montag wurde die Generaldebatte über das Budget fortgesetzt. Der Sozialistenführer Blum sagte, als Polnarcé Ministerpräsident geworden sei, habe er sich gewonnen gefühlt, seine kaum aufgenommenen Reparationsmaßnahmen auszuführen. Er habe nach London den Plan einer Herabsetzung der deutschen Schuld durch die Frankreich zur gewährenden Kompensationen mitgenommen. Polnarcé mit dem französischen Herabsetzung der deutschen Schuld, aber keine Herabsetzung der französischen Herabsetzung. Blum sagt: Wenn die Unterhändler in Versailles hätten geglaubt, die Deutschen würden für Milliarden von Mark exportieren und die Welt würde sich selgen. Alle Welt und selbst die affizierten Regierungen hätten mit der Haufe der Mark gerechnet, wenn sie hätten Milliarden von Mark behalten. Die Urheber des Friedensvertrages von Versailles hätten sich getäuscht. Deutschlands Schuldverfallung sei nicht aktiv geworden und die Mark, die bei der Unterzeichnung des Vertrages auf einem Preis von 50 Centimes gestanden habe, sei in einem Verhältnis gekürzt, das niemand erwartet habe. Wenn Deutschland importiere, so verarmt es, wie Rumänien nachgewiesen habe. England leide unter der Wirtschaftskrise. Deutschland habe zu arbeiten und zeige trotz-

Die Niederlage der bürgerlichen Parteien in Sachsen

Ein energischer deutscher Protest gegen die mißachtende Behandlung deutscher Vertreter

In Genf tagte der internationale Arbeitsonferenz, der von Regierungen, Arbeiter- und Unternehmerorganisationen aus allen größeren Ländern befuhr war. Am Freitag kam es zu einem charakteristischen Zwischenfall. Die Behandlung der Frage der deutschen Sprache als dritte Amtssprache auf der bisherigen Arbeitsonferenz fand in der Schlussitzung einen ziemlich ausregenden Abschluß (nachdem in der vorangegangenen Sitzung ein Antrag des deutschen Regierungsvertreters Dr. Lehmann auf Einführung der deutschen Sprache oder zumindest auf Abgabe einer Erklärung hierzu von der Konferenz abgelehnt worden war. Red. v. B.). Kurz vor Beginn der Nachmittagsdebatte verlangte der deutsche Arbeitnehmervertreter Reichsminister a. D. Wiffel das Wort zur Geschäftsordnung. Er erklärte mit nachdrücklicher Betonung im wesentlichen folgendes: „Wir werden auf der nächsten Konferenz Mittel und Wege finden, damit es den Vertretern eines Landes nicht mehr im Reifstieber des Auseinandergehens der Versammlung unmöglich gemacht wird, Fragen zu besprechen, die im Interesse der Sache liegen. Ich weiß nicht, ob ich im nächsten Jahre wieder hier stehen werde, aber das weiß ich und das muß ich erklären, daß ein Gefühl tiefer Erbitterung und tiefsten Schmerzes die Herzen von Millionen Arbeitern erfüllen wird, wenn ich ihnen erzählen werde, daß es ihrem Vertreter hier nicht möglich war, ihre Interessen zum Ausdruck zu bringen. Der Präsident der Konferenz hatte mir mitteilbar verprochen, daß ich hier zu Worte kommen würde, und das hat die Konferenz unmöglich gemacht, aber, meine Herren, auch ein Wort, das so tief gekürzt ist wie das deutsche, das so unzufällig verarmt ist wie wir, hat das Recht, den Kopf hoch zu tragen und den Glauben an die Zukunft nicht zu verlieren.“ Diese mit großer Eindringlichkeit und tiefer innerer Erregung gesprochenen Worte lösten einen heftigen Eindruck aus, und ein Teil der Versammlung sowie der Präsident brachen in Beifallsrufen aus. Wiffel legte an seinen Platz zurück, um die französische Uebersetzung seiner Rede abzugeben. Dann erhob sich die gesamte deutsche Delegation, Arbeitnehmervertreter, Arbeitgebervertreter, Regierungsvertreter und Beträte und verließ geschlossen den Saal. Die schweizerischen Regierungsvertreter hatten bereits am Mittwoch die Konferenz verlassen, weil sie, wie sie erklärten, in Bern wichtigere Arbeit zu leisten hätten.

Erhebungen über die Lage der deutschen Arbeiter

Bei Beginn der Vormittagsitzung am Freitag der internationalen Arbeitsonferenz erzielte die Arbeitsonferenz folgende Resolution: Angesichts der lebhaften Beunruhigung der Arbeiter infolge des jüngsten Niedergangs der Lebenshaltung in gewissen Ländern und der Tatsache, daß dieser Niedergang parallel läuft in einigen Ländern, darunter Deutschland, angesichts der Tatsache, daß der Niedergang der Lebensbedingungen zu einer sehr gefährlichen Lage der Bevölkerung und damit der Arbeiter führen kann, die künftige Generation gefährdet, und daß diese zahlreiche Arbeiter treffende Lage auch auf andere Länder überzutreten kann, endlich angesichts der Tatsache, daß der Teil 13 des Friedensvertrages und vor allem die Worte zu Recht bestehen, in denen Löhne gewährleistet werden, die ausreichende Existenzbedingungen sichern, fordert die Konferenz das Internationale Arbeitsamt auf, eine wissenschaftliche Untersuchung über die Lebenshaltung der Arbeiter in Deutschland und anderen Ländern mit niedriger Währung im Verhältnis zur Arbeitslosigkeit anzustellen, um die gegenwärtige Lage zu klären, sowie die bereits angewandten und in Aussicht genommenen Mittel zu prüfen, um den Arbeitern befriedigende Existenzbedingungen zu sichern.

Angehendere Vertenerung der Lebenshaltung — Forderungen der Gewerkschaften

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltung ist im Durchschnitt des Monats Oktober auf 22.066 gegenüber 13.319 im September gestiegen. Die Steigerung beträgt demnach 65,7 v. H. Die Indexziffer für die Verbrauchsausgaben allein ist um 48,7 v. H. auf 38.664, die für die Ernährungsausgaben um 72,7 v. H. auf 20.525 gestiegen. Neben dieser Monatsindexziffer ist noch eine Stichtagsziffer für den 25. Oktober berechnet worden. Darnach ergibt sich für das Ende des Monats eine Indexziffer der gesamten Lebenshaltungskosten von 24.702 oder eine Steigerung auf das 24fache des Vorkriegsstandes. Berlin, 7. Nov. (Privattelegramm.) Der Gesamtvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes fordert in einer Entschließung von der Reichsregierung die unverzügliche Durchführung gesetzgeberischer Maßnahmen, die geeignet seien, der fallenden Geldwertverwertung Einhalt zu bieten. Es wird eine aktive Währungspolitik von der Regierung verlangt. Schließlich werden die Angehörten aufgefordert, den Kampf für die Erhaltung des Achtstundentages mit aller Machtentfaltung aufzunehmen.

Die Niederlage der bürgerlichen Parteien in Sachsen

Dresden, 6. Nov. Nach den neuesten Zählungen wurden bei den gestrigen Landtagswahlen in Sachsen abgegeben: Für die Sozialdemokraten insgesamt 1.059.131, die Kommunisten 266.753, die Deutschnationalen 490.375, Deutsche Volkspartei 474.484, Demokraten 204.190, Zentrum 22.288, Deutsche Sozialistische 11.361, Wirtschaftspartei 5201 Stimmen. Es erhielten die Sozialdemokraten 41, die Kommunisten 10, die Deutschnationalen 19, die Deutsche Volkspartei 18, die Demokraten 8 Sitze.

G. Sch. Der Ansturm der bürgerlichen Parteien in Sachsen gegen die Sozialdemokratie ist siegreich abgefallen worden. In einem erbitterten Ringen, das mit einem beispiellosen Aufwand organisatorischer Mittel hüten und drücken geführt worden ist, ein Bruch dem sächsischen sozialistischen Proletariat, das sich unter sehr ungünstigen Verhältnissen so ausgezeichnet geschlagen hat. Das Ziel, das die bürgerlichen Parteien durch die mit kommunistischer Hilfe erreichte Landtagsauflösung erzwingen wollten, war, in einer Wahlschlacht die sozialistische Mehrheit in eine Minderheit zu verwandeln, der gesamten Reaktion durch ein siegreiches Beispiel den Anspruch zum Kampfe auf der ganzen Linie zu geben. Die Reaktionen aus den Kreisen der sächsischen Landwirtschaft drückten dazu innig die Hände der ebenso reaktionären sächsischen Bürokratie, und kräftig und freudig schlug das sozialparteilich orientierte sächsische industrielle Unternehmertum mit in die Herde. Die sächsischen Demokraten, die von ein paar Ausnahmen abgesehen, den Deutschnationalen und Volksparteilern durchaus würdig sind, beeilten sich, bei diesen Bestrebungen in der „guten“ Gesellschaft aller Volksfeinde zu bleiben. Und die Kommunisten, die famosen „Weltrevolutionäre“, scheuten keine Mühe in dem Eifer, den bürgerlichen Parteien, besonders aber den schlimmsten Reaktionen Helfersdienste zu leisten. Der Sturz der sozialistischen Regierung war ihr heiß ersehntes Ziel, von der steigenden Notlage erhofften sie bei Neuwahlen einen gewaltigen Erfolg. Die bürgerlichen Parteien sind gescheitert, die Kommunisten haben gerade einen Scheitelerfolg davon getragen. Vor ihre Diskussionsredner im Wahlkampf angehört hat, weiß, daß sie sich mit den größten Hoffnungen trugen, die nun ebenfalls enttäuscht worden sind.

Die Vereinigte Sozialdemokratie hat die harte Feuerprobe mit Erfolg bestanden, sich siegreich ihrer höhergestellten Feinde auf der rechten wie auf der linken Seite erwehrt. Die Sozialdemokratie in Sachsen stand, worauf ich schon hingewiesen habe, in einer taktisch wenig günstigen Position. Sie stand zunächst in der Verteidigungsstellung, die besonders in den Wahlkämpfen nicht die agitatorischen Vorteile bietet, wie der Ansturm. Die erste Ursache, daß das sächsische sozialistische Ministerium energisch dazu übergegangen war, in den reaktionären Kampfen reich des sächsischen Beamtenums sozialdemokratische Schritte zu setzen, peitschte das sogenannte „Fack“ beamtenum zur schärfsten Opposition auf. Einige Kreise des Kultusministeriums fleignen wurden vom sächsischen Ministerium zur struppellosesten Hebe gegen die Sozialdemokratie wegen ihrer angeblichen Religionsfeindschaft aufgestellt. Die Kommunisten machten sich die besonders in den letzten paar Wochen rapid in Erscheinung tretende Bewegung zu Ruhe, für die sie die sächsische sozialistische Regierung verantwortlich zu machen suchten, trotzdem, wenn man von einem Verstoßen deutscher Regierungen an der herrschenden Bewegung schon sprechen will, doch nur die Reichsregierung, die gemäß der Zusammenfassung des Reichstages eine bürgerliche Mehrheit aufweist, verantwortlich machen mußte. Die sächsischen Industriekreise spendeten enorme Geldmittel für die Führung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie; die Landwirtschaft unterbrückte einmal ihre sonst stets bewiesene Fügigkeit und versorgte die Deutschnationalen ebenfalls mit reichlichem Mament. Und die sächsische bürgerliche Presse schielte gleichfalls spekulativ nach den industriellen und landwirtschaftlichen Geldsäcken. Der Papierwucher hinderte die Sozialdemokratie an der erforderlichen schriftlichen Propaganda, die vornehmlich durch die Erhaltung von Versammlungen geführt werden mußte. Und trotz alledem: die Sozialdemokratie hat den wütenden Ansturm siegreich abgelehnt und gegen die letzte Landtagswahl noch einen Gewinn erzielt.

Bei der ersten Landtagswahl nach der Umwälzung im November 1918 erhielten die beiden sozialistischen Parteien zusammen 1.193.512 Stimmen; 891.804 die SPD, 306.708 die USP. Bei der zweiten Landtagswahl im Jahre 1920 erhielten sie zusammen 933.787 Stimmen; 786.844 die SPD, 346.943 die USP. Diesmal erhielt die Vereinigte Soz. Partei 1.059.131 Stimmen, also 125.244 Stimmen mehr als die beiden sozialistischen Parteien bei der Landtagswahl im Jahre 1920.

Die bürgerlichen Parteien vereinigten nach dem oben wiedergegebenen Wahlergebnis insgesamt 1.207.829 Stimmen auf sich, die Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen 1.325.886 Stimmen, also 118.057 mehr. Möchten die Kommunisten auch Helfersbender der Bürgerlichen vor und während des Wahlkampfes sein, ihre Stimmen können die Bürgerlichen nicht für sich buchen. Die sozialistischen Wähler sind also in der Mehrheit geblieben.

In Landtage selbst haben sich die Stärkeverhältnisse ebenfalls zu Ungunsten der Bürgerlichen verschoben. Dem bisherigen Landtage gehörten an:

27 Reichssozialdemokraten, 13 Unabhängige, 9 Kommunisten; insgesamt als sozialistische Sitze 49. Die Deutschnationalen besaßen 20, die Volksparteier 18, die Demokraten 8 Mandate, das Zentrum 1; insgesamt also 47 Bürgerliche gegen 49 der Linken. Da nunmehr die Sozialdemokraten und die Kommunisten zusammen 51 — 41 und 10 — Mandate besitzen, die Bürgerlichen zusammen nur 45, so wäre eine erhebliche gegen bisher geübtere sozialistische Mehrheit vorhanden. Sie beträgt 6 Stimmen gegen nur 2 bisher.

Freilich, hier werden die neuen Schwierigkeiten vermutlich beginnen. Es ist kaum anzunehmen, daß die Kommunisten bereit sein werden, mit in eine rein sozialistische Regierung einzutreten. Auf ihre Unterstützung angewiesen zu sein, ohne sich ihrer Stimmen für alle Fälle versichert zu haben, hieße, das Experiment wiederholen, das nicht zu den erfreulichsten Ergebnissen des innerpolitischen Lebens Sachsen in den letzten beiden Jahren gehört hat. Die zehn Kommunisten hätten es jeden Tag nach Mitteln in der Hand, die sozialistische Regierung zu stürzen, ein freies Spiel, das sie zum Schaden des sächsischen Volkes und besonders der sächsischen Arbeiterklasse fastsam genug gespielt haben. Eine Koalition zwischen Sozialdemokratie und den Demokraten allein würde eine Regierungsmehrheit von nur 2 Stimmen ergeben 41 + 8 = 49, denen 47 Bürgerliche und Kommunisten gegenüberstünden. Die drei bürgerlichen Parteien zusammen könnten nur eine Minderheitsregierung bilden mit ihren 45 Mandaten, also eine Regierung, die von vornherein aktionsunfähig sein müßte.

Hier rückt sich, wie schon tausendmal und stets schwerer die bittere Tatsache, daß sich die deutschen Arbeiter immer noch den politischen Luxus der verfallenen parlamentarischen Zerstückelung leisten, wo doch kräftiger Zusammenschluß geradezu Lebensnotwendigkeit ist. Wären, um bei dem Beispiel der sechs abgegangenen sächsischen Wahlen zu bleiben, alle Sozialisten einig, gäbe es nur eine proletarische sozialistische Partei, dann wären die vorgeführten Wahlen in Sachsen erspart geblieben und im ganzen deutschen Reich wäre die vereinigte Kraft der sozialistischen Bewegung eine unübersehbare. Es ist höchste Zeit, daß die deutsche Arbeiterschaft das erkennen lernt, sonst ist Gefahr ernstlich im Verzuge. Man braucht bloß daran zu denken, daß es alsbald in Sachsen angeht, der neu bestehenden Zahlenverhältnisse im Landtage wiederum zum Konflikt und damit zur Landtagsauflösung kommt. In rascher Reihenfolge vertragen die Wähler solche enorme Konstitutionserfahrungen gemächlich.

Zunächst: daß der bürgerliche Ansturm in Sachsen zurückgeschlagen worden ist, ist nicht nur erfreulich, sondern auch innerpolitisch sehr wertvoll. Die sächsische Arbeiterschaft hat damit dem ganzen deutschen Proletariat einen großen Dienst erwiesen. Und eine andere sehr erfreuliche Erscheinung war dabei zu beobachten: zum erstenmal wieder traten auch die Gewerkschaften durch die örtlichen Gewerkschaftsstellen offen für die Sozialdemokratie auf den Plan. Heberall erließen die Gewerkschaftsstellen Aufrufe, die zur Unterstützung der Sozialdemokratie aufforderten und in allen größeren Städten führten die Gewerkschaften Kundgebungen ein, um die Wahlbeteiligung ihrer Mitglieder feststellen zu können. Partei und Gewerkschaften sind einig! Der leider so frühzeitig verlebte Genosse Bismarck, dieser prächtige Gewerkschaftler und Sozialdemokrat, sprach einst dieses Wort aus. In Sachsen hat es am Sonntag wieder erneut erfolgreiche Geltung erlangt. Mögen die bürgerlichen Zeitungen darüber zeteren, was ihnen und, wenn wir einig sind, ihr Geschick. Wir hoffen, daß auch in Baden das gute Beispiel, das die sächsischen Gewerkschaften bei diesem Kampfe gegeben haben, zur energischen Nachahmung gelangen möge. Die Gemeindevahlen in Baden am 19. November bieten eine nahe Gelegenheit dazu, denn gerade für die Gewerkschaften ist der Ausfall der Gemeindevahlen im Sinne eines sozialistischen Erfolges von der allergrößten Bedeutung.

Die Sachsen haben am Sonntag bewiesen, wie man sich auch in ungünstiger kapitalistischer und wirtschaftlicher Situation erfolgreich zu schlagen vermag. Möge die Arbeiterschaft Badens am 19. November es den Sachsen gleich tun.

Hinter Pflug und Schraubstock

Skizzen aus dem Lebensbuch eines Ingenieurs
Von Max Goltz
(Fortsetzung)

Wir erzielten auch beide in kurzer Zeit das gleiche Ergebnis, eine artige Verabredung, und wanderten gemeinsam eine Stunde später mit hängendem Haupte weiter, jedoch nicht, ehe durch die Besichtigung der benachbarten Werksstätten meine Schlußfolgerung in einer englischen Fabrik zu werden, eine krankhafte Steigerung erlitten hätte. Vielleicht hätte ich meinen neuen Freund nicht kennen gelernt, denn ich schleppte noch zu viel schwermütige Schüchternheit und Menschlichkeit mit mir herum. Zum Glück aber war Harold Stoh ein anderer Natur, und ehe wir durch das Revolver des Sharp, Stevard u. Co. abgezogen, empfand ich die Wahrheit des Spruches: Solamen miseris socios habuisse materum; vollends als wir zu dreien waren. Denn unter dem Vorwand sich ein zweiter junger Herr von ungewöhnlich teutonischer Natur, und zwar ein Vorkämpfer, besaß ich den Inhalt seiner Brusttasche, um dies alles gleich und mit gleichem Erfolg den Herren Sharp, Stevard u. Co. zu fügen zu legen. — Die beiden nickten sich zu, der Wirtstende mit einem spöttisch belustigten Nicken, der Eintretende mit einem Seufzer, der sich kaum hinter einem freundlichen Grinsen verbergen lassen wollte. Dann trat mich Stoh, in der nächsten Bierstube ein Glas Bier mit ihm zu trinken und auf Schindler zu warten, der unfehlbar in zehn Minuten wieder erscheinen werde. Der arme Kerl habe Fabriken genug angesehen und werden sich damit nicht aufhalten. Beide wählten schon seit einigen Wochen in der Weinheinzstraße. Stoh empfahl mir sein Nachbarhaus. So kam ich zu Willy Mathews und wurde der Dritte in dem Bunde, der sich das Ziel gesteckt hatte, irgendwo und um jeden Preis in dem schwarzen Eldorado damals junger deutscher Ingenieure auf ein paar Jahre unterzukübeln. Es war dies keine kleine Aufgabe, denn es gab zu jener Zeit ähnliche Wände in erschreckender Anzahl, und das Spridwort von den vereinten Kräften wollte schlechterdings nicht passen, so daß wir schließlich eine geographische Einteilung von Manchester feststellten und wochenweise jedem sein Interessengebiet zu teilten, um uns nicht immer wieder unter den gleichen Fabrikatoren schmerzlich lächelnd begegnen zu müssen. Die Zeiten waren schlecht, wie sie es gewöhnlich sind, wenn man etwas von ihnen erhofft. Wir merkten dies nach wenigen Wochen des Suchens und Ankopfens. Aber es half nichts. Jeder Gang durch eine der tosenden Fabriken, jeder Blick auf das Gewirr einer halbmondernen Maschinenlokomotive, eines unbegreiflichen Jacquard-

Die Situation in Bayern

In Bayern sind die Wutstürme eifrig bei der Arbeit. Sie bereiten sich vor, das Treiben der italienischen Faschisten für Bayern nachzuahmen. Das ist sicher, trotz aller Dementis „gut unterrichteter“ bürgerlicher Journalisten, und daran kann selbst eine amtliche Widerlegung der jetzigen bayerischen Regierung nichts ändern. Nach unseren einwandfreien, von gut unterrichteter Seite stammenden Informationen kann gar kein Zweifel mehr darüber herrschen, daß sich neben Ehrhardt z. B. auch Wittwig in Bayern aufhält. Wittwig treibt unter dem Namen „General Lorenz“ sein Unwesen, und Ehrhardt, der sich der Wegünstigung durch die bayerische Polizei besonders erfreut, tritt unter dem Namen Plamann auf. Plamann-Ehrhardt war sonst, solange er sich noch in Tirol oder anderweitig aufhielt, im Monat mehrfach regelmäßiger Gast eines bekannten bayerischen Professorens, dessen geistiges Oberhaupt er ist, nicht an dem Vorde beteiligt ist. Diese Erklärung war von Wien aus datiert, wurde aber unter Mithilfe des Herrn Professors in Bayern verfaßt und auf Umwegen nach Berlin geschickt. Daß Ehrhardt vor dem Ratbenamend in Begleitung von Ehrhard in Berlin aufgehalten hat, dürfte den bayerischen Behörden in München nicht unbekannt sein. Aus Interesse an einer Klärung der Angelegenheit müssen wir es uns versagen, nach weitere Einzelheiten zu machen. Die Situation in Bayern ist ernst, dessen mag sich auch die Reichsregierung bewußt sein. Die Regierung ist im Besitz von Material; wir erwarten, daß sie jetzt gebührend vorgeht.

Rechtzeitig!

Nach dem Siege der deutschnationalen Volkspartei schrieb der deutschnationale „Berliner Lokalanzeiger“: „Musso! wir haben genug, rechtzeitig auf die Straße zu gehen und darf sich nur eines vollen Erfolges freuen.“

Die „Wohlfahrter“ schrieb unter der Überschrift: „Die italienische Warnung“: „Die Arbeiterschaft kann aber nicht warten, bis die vorkommende Sozialdemokratie sich befindet. Sie muß die Organisation ihres Kampfes auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete rechtzeitig selbst in die Hände nehmen.“

Deutschnationale und Volkspartei hoffen also auf ein Rechtzeitig und bilden dabei, wenn auch verschieden angeheißt, auf die römischen Nationalen.

Rechtzeitig, so dachte wohl auch Herr Herz, als er seinen Demissionsschreiben gegen den Parlamentarismus aufschickte: „Wir sind fertig mit dem Parlamentarismus... Wir betrachten den Reichstag nicht mehr als unsern politischen Kampfbühnen... Wir wollen dies Theater nicht mehr mitmachen.“ Wo aber will Herr Herz rechtzeitig sein, wo für sich und seine Gläubigen besser geeigneten Kampfbühnen finden?

Herr Giffeng schrieb im Blatt der Kaiserzeit: „Wenn die deutschnationale Abgabe an den Parlamentarismus nur schamlose Opposition wäre, würde sie nur den deutschnationalen schaden. Sie ist aber durchaus Ausdruck einer vorkommenden Empfindungsweise, die der geistige Mensch mit dem Mann von der Straße gemein hat.“ Rechtzeitig morcht Herr Giffeng; haltet euch bereit für die Stunde, da rechtzeitig das deutschnationale Marschlied gesungen werden wird.

Die deutsche Arbeiterschaft, so fügt Robert Brenner im neuesten Heft der „Wohlfahrter“ hinzu, hat einmal vorgelesen, rechtzeitig die auszusprechen, mit deren unvollständiger Gegenwart sie rechnen mußte. Vergangene Fehler lassen sich in der Politik nicht verbessern. Ein Rechtzeitig aber, wie es die Deutschnationalen zu meinen scheinen, könnte solche Geschichtserfahrung im Zeichen etlicher Kopfschütteln auf den Kopf stellen.

Gewerkschaftliches

Schiedspruch im Versicherungsgewerbe

Der vom Reichsarbeitsauschuss eingeleitete Schlichtungsausschuss für das Versicherungsgewerbe fällt am 3. November einen Schiedspruch, nach dem im Monat Oktober gegenüber dem September für sämtliche Direktionsangestellte folgende Zulagen festgesetzt wurden: Lehrlinge und Jugendliche 35 Proz., Angestellte über 20 Jahre 45 Proz., Angestellte über 24 Jahre 600 M. Alterszulage, verheiratete Angestellte weitere 600 M. und 250 M. für

jedes Kind. Die Spesen für Aufreißung werden um 45 Proz. erhöht. Die im September vereinbarten Ortszuschläge und Befehlszulagen bleiben weiter bestehen mit Ausnahme von München, dessen Ortszuschlag auf 10 Proz. ermäßigt worden ist.

Badische Politik

Zentrum und Unterrichtsminister

Aus Gewerbekreisen wird uns geschrieben: In der Abteilung Fachschulen des badischen Unterrichtsministeriums sind dieser Tage Änderungen der personellen Verhältnisse eingetreten, die ein gewisses politisch-offizielles Interesse haben. Man hat ja gerade in der letzten Zeit gelegentlich der Anstellungen über den freierwerbenden Posten des Unterrichtsministers manches über die „Richtung“ seines Ministeriums und über die freibewerbenden Kräfte dort zu lesen bekommen und sich über die Kandidatur der Zentrumspresse wundern können, die von al dem nichts weiß und gelten lassen will. Die neue Zusammenfassung der genannten Stellen zeigt doch aber nun gar zu deutlich, nach welchen Gesichtspunkten im Unterrichtsministerium Stellenbesetzungen vorgenommen werden. Die ganze Abteilung setzt sich nunmehr aus Zentrumsanhängern zusammen, vom Oberregierungsrat bis herunter zum jüngsten Referenten. Die einseitige politische und konfessionelle Zusammenfassung weist deutlich auf das Ziel hin, auf das hier zugelenkt werden soll. Die Handels- und Gewerbekreise Baden sind doch keine rein katholischen Anstalten, sodaß es berechtigt wäre, bei der Verteilung der Referate nur Katholiken und Zentrumskräfte heranzuziehen. Oder ist es nur Zufall, daß die „Richtungen“ gerade zum Zentrum gehören? Das wäre doch ziemlich auffallend. Andere Gründe scheinen wahrscheinlicher. Man braucht nur an die absichtliche Einführung des Religionsunterrichts in den Fachschulen zu denken. Wo bleibt bei einem solchen Gebaren des Zentrums die Parität?

Die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtags konstituierte sich in ihrer letzten nachmittäglichen Sitzung. Der Vorstand der Fraktion setzt sich wiederum wie bisher aus den Gen. Marum, Strobel, Water und Wirtz, letzterer als Schriftführer, sowie der Genossin Wiese zusammen. Neu in die Fraktion eingetreten ist der Genosse Freidhof von der früheren U.S.P. Die Fraktion heißt nunmehr „Fraktion der Vereinigten sozialdemokratischen Partei“. — Bezüglich der Wahl des Unterrichtsministers erklärte die Fraktion sich mit der Kandidatur des Herrn Prof. Dr. Sellpach einverstanden. Bezüglich der Besetzung des Postens des Staatspräsidenten spricht die Fraktion den Wunsch aus, daß an dem bisherigen Kurium festgehalten wird; der Staatspräsident wird somit von der Sozialdemokratie gestellt. Die Fraktion schlägt in der heutigen Landtags-sitzung den Genossen Minister Remele zum Staatspräsidenten vor.

„Bezirksrats- und Kreiswahlen Pfullendorf. Hier ist zwischen den Parteien eine Einigung dahin zustande gekommen, daß sowohl in der Kreisversammlung, als auch im Bezirksrat von je 7 Sitzen das Zentrum 5, die beiden anderen Parteien je einen Sitz erhalten werden. — Bezüglich der Wahl des Unterrichtsministers, und zwar dahin, daß das Zentrum, das nach den Landtagswahlen von je 7 Sitzen im Bezirksrat und Kreis 6 in Anspruch zu nehmen berechtigt wäre, sich mit 5 Sitzen begnügt, während die Sozialdemokraten, die nach dem Landtagswahlergebnis leer ausgehen müßten, einen Sitz erhalten. Den noch verbleibenden einen Sitz erhalten die Demokraten, welche bisher im Bezirksrat mit zwei Mandaten betraut waren.“

Ein gutes Hausmittel bei Hausaufgaben, Flehen, Gehen, jenen, äußerlichen Entzündungen, Fiebeln, Mischeln und dergleichen ist die bekannte Bude's Patent-Medizinale Seife, deren hervorragende Eigenschaften in dem unserer heutigen Gesamt-Ausgabe beiliegenden Prospekt noch ausführlicher Feder gewidmet werden. Unsere Leser seien auf den ebenso lehrreichen, wie interessanten Inhalt dieses Prospektes noch besonders hingewiesen. [1008]

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Dabei war er krafftlos flehig, zitterte und flüsternde Lippen und nachteilig und beschämend die Einzelheiten in seinem Wesen, die es ihm ermöglichten, nach einer einmütigen flüchtigen Verständigung die komplizierteste Maschine geistig nach Hause zu tragen, aufzusuchen und wieder zu zerlegen, um für eine andere Platz zu machen. „Denn was man schwarz auf weiß versteht“ pflegte er kurz abbrechend mit leuchtenden Augen auszusprechen, wenn er uns die Berge von Schlagpapier zeigte, die seine einzigen liebsten Schätze vorstellten, die er aber für die Grundmauern seines künftigen Hauses und Herdes anhat. Sonst leuchteten seine blauen, etwas trübsinnigen Augen finster der großen Glasbrille nie. Man konnte es ihm nicht heranziehen, es ging zu Ende mit ihm. Seit einigen Tagen schon hatten Stoh und ich vermutet, daß er in Manchester blieb, weil er nicht mehr weiter konnte. Auch in England befanden sich Eisenbahnen nur gegen Vorbezahlung; wenigstens menschliche Ware, die naturgemäß weniger Vertrauen genießt als eine Risse Situations- oder eine Drehschraube.

Manchmal zeigten sich Vaporside am Horizont. Vor ein paar Wochen hatte ich einen Ausflug nach Leeds unternommen und zum erstenmal eine Ausstellung der königlichen Landwirtschaftsgesellschaft von England gesehen. Es machte mich ohne Hoffnung und mit wenig Freude auf den Weg, eines Empfehlungsbroschüre wegen, den ich von einem Herrn in London erhalten hatte und der an John Fowler gerichtet war. Eine landwirtschaftliche Ausstellung! Wie! Schweine, Gänse und Hühner und landwirtschaftliche Maschinen! Für die letzteren hatte ich wie jeder junge Ingenieur, der sich in den höheren Regionen einer technischen Hochschule bewegt hat, die ausgesprochenste Vorkenntnis und für die Landwirtschaft von Geburt eine gewisse natürliche Gleichgültigkeit. Aber ich rief die Augen doch ein wenig auf, schon weil ich in der gewählten Fabrikstadt, die ich kaum dem Namen nach gekannt hatte, unter Tausenden von hochbegabten Bauleuten nur mit größter Schwierigkeit ein Interkommen finden konnte. Und dann der Maschinenplan der Ausstellung! Dieses Leben, dieses lustige Klappern und Rasteln, Puffen und Pfeifen, Dröhnen und Saufen! Diese Hunderte mir völlig unbekannter Formen und Dinge. Mit welchem Staunen fand ich einer großen Industrie gegenüber, die sich nicht über die ganze Erde streckt und von der ich keine Ahnung gehabt hatte. Man sah den zahllosen Maschinen an, daß sie im praktischen Leben ihre natürliche Heimat und die Bestimmtheit ihrer Formen gewonnen hatten, daß Hunderte hundert Jahre alte, tausend fleißige Hände an ihrer Entbindung gearbeitet hatten. Wie fühlte ich 1892. Wer jene Zeit miterlebt hat, wird mir mein naives Erstaunen vergelten.

(Fortsetzung folgt.)

Zu den badischen Gemeindevahlen

Die Karlsruher sozialdemokratische Bürgerauswahlfraction 1919—1922

Von Stadtrat G. Schwerdt

Die Bürgerauswahlfraction vom 18. Mai 1919 brachte die sozialdemokratische Fraktion wieder „Vereinigten Sozialdemokratischen Partei“ 34 Sitze im Bürgerauswahlgremium und 8 Sitze im Stadtrat, mithin 42 von den insgesamt 123 Stadtratsmitgliedern und Stadträten. Stadtrat ins kommunikative Lager abgewandert. Diese 4 Kommunalräte zeichneten sich ausschließlich durch reges öffentliches Leben aus. Die Arbeiterfraktion wird ihnen bei den kommenden Bürgerauswahlfractionen mit dem Stimmzettel für die „Bürgerfraktion“ ihrer Interessen gebührenden Raum abgeben.

Stadtrats- und Anwohnerfraktionen, Straßenbau- und Fabrikarbeiterfraktionen, ohne auch nur im geringsten Maß die Interessen der Arbeiter und der Stadt zu vertreten, scheiterte Tradition dieser kommunikativen „Arbeitervertreter“ zu sein.

Während die Wahlen ihre Erledigung gefunden, konstituierte sich die sozialdemokratische Fraktion und bestellte die ihr nach dem Verbot zugehörigen Sitze in den städt. Kommissionen, um alsdann zu den Bürgermeisterversammlungen Stellung zu nehmen. Nach dem erfolglosen Scheitern der Verhandlungen mit den Vertretern der demokratischen und der Zentrumspartei wurde eine Einigung dahin erzielt, daß an Stelle des Herrn Oberbürgermeisters Herr Dr. Finter, an Stelle des 1. Bürgermeisters Herrn Dr. Kauf und Herr Dr. Bauer als Stellvertreter des Oberbürgermeisters und Herr Bürgermeister Schneider neugewählt, während Herr Bürgermeister Dr. Klein Schmidt wiedergewählt wurde.

Neben der Wahl eines sozialdemokratischen Bürgermeisters wurde unsere Fraktion gewickelt auf die Wiederwahl des Herrn Bürgermeisters Dr. Klein Schmidt, um die Hospitale Schulen und Finanzien nicht in die Hände des Zentrums zu geben, das offenbar hierauf gelaunt hatte. Auch unsere fröhliche Wahlaufrichtung wird — vorausgesetzt, daß es die fröhliche demokratische Fraktion besser wie bisher vertritt, demokratische Gemeindepolitik zu betreiben — dem unerschütterlichen Zentrumsmagazin die Kraft zu schmälern, bestrebt sein müssen.

Sie ist es in erster Linie die Gemeindeglieder und Beamtenpolitik, bei welcher letzterer es das Zentrum ausgezeichnet verstanden hat, den größten Revolutionserfolg mit Hilfe der demokratischen Fraktion einzuführen. So machten uns Zentrum und Demokraten, den durch Ausritt von Dr. Dieb freigeordneten Sitz im Ausschuss des Landesparlaments streitig und wählten einen „Denkfunktionalen“.

Auf dem Gebiete der Schule ist folgendes zu bemerken: Als die Stellen des Stadtschulrats und des Leiters neu zu besetzen waren, und seitens der sozialdemokratischen Fraktion ein geeigneter Vorschlag gemacht wurde, glaubten die Demokraten, welche Posten durch Angehörige ihrer Partei besetzen zu können, während das Zentrum seinen eigenen Bewerber fallen ließ. Die Folge dieser „demokratischen“ Politik war, daß keiner der demokratischen Fraktion vorgeschlagenen Kandidaten, sondern ein „Parteiloser“ als Stadtschulrat und ein von der demokratischen Fraktion nicht in Aussicht genommenen, aber demokratischer Natur mit unserer Hilfe gewählt wurden. Also keine Sozialdemokraten, auch wenn er noch so tüchtig ist. Wenn es kommen lassen, das war bisher die Besetzung höherer Stellen beim Zentrum und den Demokraten. Welcher Stellen der sozialdemokratische Leiter von auswärtig hier, so verlegen Jahre und es waren bisher die erlittenen Kämpfe zu führen, bis es diesen gelang, hierher versetzt zu werden. Neuerdings verlangt das Zentrum sogar die Besetzung einer Oberlehrstelle in einem evangelischen Bortore durch einen katholischen Lehrer. In allen städtischen Kreisen sucht es die Leitung in seine Hände zu bekommen, weshalb es Aufgabe der sozialdemokratischen Fraktion sein mußte und auch fernere sein muß, zu verhindern, daß nicht an Stelle der ehemaligen nationalliberalen Herrschaft, die vielmehr noch viel schlimmere Zentrumsherrschaft tritt.

Das Fürsorgewesen hat an seiner Spitze einen ausgesprochenen Zentrumsmann und wird sich in diesen Dingen auskennt, der weiß, wie schwer es sozialdemokratischen und auch demokratischen Beamten und Beamten ist, hier durchzukommen. Es ist eine glatte Selbstverständlichkeit, daß die ehrenamtlichen Zentrumsmänner und Herren die Fürsorge für die Armen im Interesse des Zentrums ausüben, weshalb die sozialdemokratische Fraktion verlangte und auch in Zukunft verlangen wird, daß die städt. Fürsorge nicht dem Zentrum ausgeliefert wird und Angehörige der sozialdemokratischen Partei von der ehrenamtlichen Tätigkeit nicht ausgeschlossen werden dürfen, wie es bisher der Fall war.

Eine feste Sorge für die sozialdemokratische Fraktion waren und sind unsere kommunalen wirtschaftlichen Betriebe: Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerk und die Straßenbahn. Von dem Standpunkt ausgehend, daß sich diese Betriebe (im Einzelnen aber in ihrer Gesamtheit) selbst erhalten müssen, also Defizite nicht aus allgemeinen Steuermitteln gedeckt werden dürfen, hat die sozialdemokratische Fraktion eifrig und fleißig mitgearbeitet, diese Betriebe zu erhalten. Im Entschluß von Beamten und Arbeitern zu verhindern, ist sie bezüglich der Gas-, Wasser- und Strompreise, sowie beim Straßenbahntarif bis an die Grenzen des Erträglichen und Möglichen gegangen. Ob sie dies auch fernerehin zu tun in der Lage ist, hängt lediglich von der Entscheidung ab.

Ein großes Interesse hatte unsere Fraktion an der städt. Wasserversorgung. Gegen ihren Willen wurde der Hauptbetrieb, das Gut Ruppure verpachtet und es hat sich schon nach kurzer Zeit gezeigt, daß der Pächter ein glänzendes Geschäft macht, während das Gut unter der Direktion des Herrn Weller mit Defizit erzielte. Hätte die Stadterwaltung an Stelle eines Privatkaufmanns einen Praktiker gestellt und hätte dieser anstatt städtische Bureaunkräfte städtische Gutswirtschaft betrieben, dann hätte sich das Gut rentieren. Vielleicht spielen aber auch andere und persönliche Dinge mit, die zum Niedergang des Gutes führen müßten.

Unsere städtischen Badeanstalten waren, sind und bleiben Schandflecken. Sie sind zur Erhaltung der Volksgesundheit unbedingt nötig und deshalb muß die Allgemeinheit, wenn die beiden Bäder erhalten bleiben sollen, Opfer bringen. Es kann keine Rede davon sein, daß die sozialdemokratische Fraktion der Erhaltung eines der beiden Bäder zustimmen wird, jedoch hat sie den immerhin noch erträglichen Einschränkungen zustimmen müssen, wie sie auch in Bezug auf die Bäderpreise mit sich reden lassen mußte, um die Schließung eines der beiden Bäder zu verhindern. Wenn die sozialdemokratische Fraktion die Einführung eines Familienbades verlangte, so nicht etwa, um die Städtlichkeit zu gefährden, sondern, wie in vielen anderen Fällen, um die Städtlichkeit zu heben, ebenso die Bedarfsdeckungsfrage zu heben. Es ist Zentrumsherrschaft, die Städtlichkeit mit einem Familienbad in Verbindung bringen zu wollen. Die Städtlichkeit hat ihre Triade in der falschen Erhaltungsgemeinde. Was unser Befindlichkeitswesen betrifft, so hat die sozialdemokratische Fraktion durchgesetzt, daß für Kinder- und Minderbemittelte eine bedeutende Ermäßigung der Bestattungskosten gemacht wird. In besonderen Fällen werden dieselben sogar ganz erlassen. Immerhin haben die Bestattungs-

kosten nunmehr eine bedeutliche Höhe erreicht, so daß auch hier nach Möglichkeit und ohne die Preise zu erhöhen, geparkt werden muß. Die sozialdemokratische Fraktion steht immer noch auf dem Standpunkt, daß für Grableitungen höhere Sätze zu verlangen sind, um die sogenannten einfachen Bestattungskosten so niedrig wie möglich halten zu können.

Auch dem städtischen Krankenhaus mußte die sozialdemokratische Fraktion ihre volle Aufmerksamkeit schenken. Die Anstalt ist infolge der immer höher steigenden Verpflegungskosten schwer belegt. Die Krankenkassen sind außer Stande, die vollen Verpflegungskosten für ihre Mitglieder zu zahlen, geschweige denn die sehr hohen Operationskosten zu übernehmen. Die Folge davon ist, daß die städtische Fürsorge in vielen Fällen einspringen muß, um das Leben dieser Menschen nicht zu gefährden. Auch hier hat die sozialdemokratische Fraktion nicht unbedeutend beigetragen, um wenigstens für die Kinder- und Minderbemittelten Vergünstigungen zu erzielen, was ihr auch gelungen ist. Außerdem hat sie unsere Unternehmen nicht auf Kosten des städt. Krankenhauses keine Zuschüsse erhalten. Ferner hat sie sich mit aller Schärfe dafür eingesetzt, daß die Herren Ärzte des städt. Krankenhauses neben ihrem Gehalt, nicht noch ausgedehnte Privatpraxis innerhalb des städt. Krankenhauses betreiben dürfen. Wieder ist unsere Fraktion dafür eingetreten, daß die Fürsorgestelle für Tuberkulose im städt. Krankenhaus untergebracht wird. Aber trotzdem erfordert das städt. Krankenhaus aus allgemeinen Steuermitteln bedeutende Zuschüsse. Seien wir aber froh, eine derartige Anstalt zu besitzen.

Da nun alles zusammenzubringen droht, sollte auch eine unserer Kindertruppen von diesem Schicksal verschont werden. Auch hier ist es gelungen, trotz der hohen Unterhaltungskosten, beide Truppen im Interesse der armen Kinder und der arbeitenden Mütter zu erhalten.

Und wer freut sich nicht über unseren herrlichen „Stadtpark“? Sind wir nicht alle bereit, für seine Erhaltung ein Opfer zu bringen? Genaue, die Eintrittspreise sind und werden hohe, aber immer noch ist es fast jedermann möglich, im Sommer ein billiges Sonntagvormittag sich an dem Schönen zu ergötzen, das uns unser Stadtpark bietet. Unseren Kindern liegen die Tiere am Herzen. Sollen wir sie abschaffen, weil das Defizit zu groß wird? Sollen wir immer noch mehr Arbeiter entlassen, um die bisherige Sauberkeit vernichten zu müssen? Sollen wir auf die herrlichen Saubereit unserer Musikkapellen verzichten? Nein, das kann nicht der Wille der Bürger einschließlich unserer Arbeiter sein. Hier kann es nur eine Meinung geben: Unser Stadtpark muß in seiner Schönheit erhalten bleiben. Vielleicht will es ein glückliches Geschick, aus dem „Vorderbau“ durch einen neuen Meter ein beachtliches Wege herauszuwickeln.

In Bezug auf den Wohnungsbau hat unsere Fraktion fleißig zur Förderung desselben mitgearbeitet. Es muß aber gesagt werden, daß die Stadt bis jetzt das Menschenmögliche getan hat, was insbesondere bei den Baugemeinschaften anerkannt werden muß. Die Schwierigkeiten liegen auf dem Gebiete der Bauwirtschaft, die leider immer noch zum größten Teil in den unglücklichen Händen des Privatkapitals liegt. Erst wenn Reich oder Staat die Beschaffung der Baustoffe in die Hände nehmen und die Sozialisierung der Baubetriebe durchgeführt sein wird, ist eine billigere und raschere Bauwirtschaft möglich.

Auch auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge haben die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion fleißig mitgearbeitet. Es ist aber ohne weiteres anzunehmen, daß ebensoviele Wohnungen wiederrechtlich bezogen werden, als durch das Wohnungswesen vermittelt werden.

Das Wohnungsproblem spricht zum Himmel und sehr oft hat man bei Prüfung von Beschwerden das Gefühl, als hätte man im Wohnungswesen wenig oder gar kein soziales Verständnis für die Wohnungssuchenden.

Wir nehmen heute davon Abstand, auf Einzelfälle, die uns zahlreich bekannt sind, einzugehen, aber das Wohnungswesen müßte sich gesagt sein lassen, daß es so wie bisher nicht mehr weitergehen kann. Das Wetter ist im Anzug und bald reißt zu seiner Entladung.

Der immer weiter sich verbreitenden Kleingartenbewegung widmete die sozialdemokratische Fraktion ihre volle Aufmerksamkeit. Diese mächtige Kulturbewegung bedarf der Förderung und Unterstützung seitens der Allgemeinheit. Unübersehbare Naturkräfte schaffen diese Arbeitsstätten im Interesse des Volksganges und warum sollte die sozialdemokratische Fraktion für eine solche Bewegung nicht das Menschenmögliche tun? Auch für die Förderung der Leibesübungen, für das gesunde Sportwesen, insbesondere für die Beschaffung geeigneter Sportplätze, leuchte die sozialdemokratische Fraktion ein. Wege dies in der Sportswelt verstanden und gewürdigt werden.

Eine gute Bezahlung unserer städtischen Arbeiter und Beamten zu verlangen, war und ist für die sozialdemokratische Fraktion eine Selbstverständlichkeit. Schlechte Entlohnung bedeutet Arbeitsverlust und diese kann für eine Stadterwaltung gefährlich werden. Darum wird unsere Fraktion jetzt und in Zukunft in die Interessen der städt. Arbeiter und Beamten mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln vertreten und fördern.

Auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung, insbesondere für den kommenden Winter, hat die sozialdemokratische Fraktion die Initiative ergriffen und gemeinsam mit den Gewerkschaften die Initiative ergriffen und gemeinsam mit den Gewerkschaften den Markt zu diesem Zweck als Kredit zur Verfügung stellte. Insbesondere galt es, eine Reserve von 15 000 Zentner Kartoffeln zu beschaffen, um diejenigen damit zu versorgen, die nicht in der Lage sind, sich mit Kartoffeln einzudecken.

Auch Privatgeschäfte erhielten namhafte Kredite, um Lebensmittel beschaffen zu können. Auch die Volksschulen sind so eingebettet, um eine weit höhere Besuchszahl aufnehmen zu können. Deswegen ist für die Speisung armer Schüler gesorgt. Für die Minderbemittelten hat das Gaswerk eine große Menge Rohgas anfallen als Heizungsmaterial eingebettet. Ferner wird die „Gemeinnützige Beschäftigungsstelle“ für Brennholz sorgen.

Leider ist es nicht gelungen, für billige Milch sorgen zu können. Die Milch ist nicht nur teuer, sie ist auch knapp. Abgesehen von 10 000 Personen bestehen Krankenkassen und es ist ohne weiteres anzunehmen, daß der größte Teil dieser Kranken zu Unrecht auf Kosten unserer Kinder, unserer alten Leute und der hilflosen Mütter bestehen. Die sozialdemokratische Fraktion wird nicht ruhen, bis diesen Antrag gewissenhafte Menschen ein Ende gemacht wird. Auch die Stadterwaltung hat sich entschlossen, die Milch zu liefern. Jeder gewissenhafte Bürger hat aber auch die Pflicht, alle diejenigen, die zu Unrecht Milch beziehen, rückständig beim städt. Milkamt zur Anzeige zu bringen.

Sollte im kommenden Winter eine größere Arbeitslosigkeit eintreten, dann sind auch hierfür auf Antrag unserer Fraktion Maßnahmen getroffen. Sogleich gelangt es der Stadterwaltung, die Geldmittel zu beschaffen, dann wird auch der Winter überstanden werden.

Aus Vorstehendem möge unsere Wählerchaft erkennen, daß die sozialdemokratische Fraktion auf allen Gebieten fleißig gearbeitet und die Interessen ihrer Wähler sowohl als auch des Volksganges wirksam und unerschrocken vertreten hat.

Mit vereinter Kraft zieht die „Vereinigte sozialdemokratische Partei“ in den Wahlkampf. Mit uns das Volk, mit uns der Sie-

Parteiengenossen und Parteiengenossinnen in Baden!

Ein Landesparteitag von selten reichem Ertrag liegt hinter uns. Die Grundfestigkeit, gepaart mit realpolitischem Tatwille, die das Merkmal seiner Beratung bilden, stellt der politischen Erziehung unserer badischen Parteiengenossen das beste Zeugnis aus. Dabei hat die Partei sich in Offenburg für unser Land ein neues, auf den praktischen Erfahrungen langer Jahre aufgebautes Organisationsstatut gegeben und die Mitgliederbeiträge auf eine Höhe gebracht, durch welche die Erfüllung der uns in Baden bevorstehenden politischen und wirtschaftlichen Aufgaben zunächst gewährleistet wird.

Vollstes Verständnis zeigte der Parteitag auch für die Bedeutung, die unserer Presse für die materiellen und geistigen Interessen des Proletariats zukommt. Sie in dem schweren Kampfe, in dem sie jetzt gegen den Preiswucher des Papierhandels steht, im Stiche lassen, hieße die politische sowohl wie insbesondere auch die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung der stärksten und gefährlichsten Waffe berauben. Kein Opfer darf uns jetzt zu groß sein, das wir für unsere Presse bringen.

Die Bereitwilligkeit, mit der die Schwerindustrie die publizistischen Schrittmacher ihrer Interessen subventioniert, sollte uns dabei als Muster dienen. Das Industriekapital rüftet sich auch in Baden zum entschlossenen Aufsturm gerade auf die verboltenen sozialpolitischen Ergründungen der Revolution. Der Achtstundentag soll dabei das erste Angriffsobjekt bilden. In seiner Verteidigung müssen Partei und Gewerkschaften jetzt in enger Kampfgenossenschaft zusammenstehen. Wie soll das aber mit Erfolg geschehen können, wenn die sozialistische Presse durch mangelnde Unterstützung seitens der Arbeiterchaft der nötigen Aktionsfähigkeit beraubt wird, indes die Zahl der Stimmblätter sich von Monat zu Monat vermehrt?

Die Beschlüsse, die unser Landesparteitag auf politischem Gebiete gefaßt hat, werden sich in den parlamentarischen Kämpfen des bevorstehenden Winters als vortreffliches Mittel erweisen, um die der Novemberrevolution gegenüber liegenden demokratischen und sozialen Gedanken weiterzutreiben. Mit entschlossener Schärfe hat sich der Parteitag gegen jene Karikaturen der Gesellschaft gewendet, die mittels Buhers und Preisverleiher an der Rot des Volkes hingenden Ringensinn zu treiben suchen und die Maßnahmen, die er von Reich, Land und Gemeinde zur Abwendung der furchtbaren Wohnungsnot fordert, weisen den Weg praktischer Möglichkeiten, den zu geben wir jetzt die großen öffentlichen Widerstände mit höchstem Nachdruck zwingen müssen.

Gegenüber all dem Genuß, unter dem das deutsche Volk jetzt leidet, müssen wir uns immer wieder das eine vor Augen halten: daß es die unheilvolle Politik des Kaiserreichs und der verlorene Krieg gewesen sind, die uns alle diese furchtbare wirtschaftliche und moralische Kapitalverluste zugebracht haben, die sich den Maßnahmen zu gerechter Verteilung der Wiederherstellungslasten widersetzen. Und nicht oft und nachdrücklich genug kann auch daran erinnert werden, daß im Reiche sowohl wie insbesondere auch im Lande Baden die Sozialisten in den Regierungen nur eine kleine Minderheit bilden, die aufstehend ist, eine Politik nach ihrem Sinne zu machen.

Volle Klarheit hat der Parteitag über unsere Stellung zur Schulfrage geschaffen. Die maßgebendsten Interessen, mittels derer auf diesem Gebiete die Zentrumspresse gegen die Sozialdemokratie zu legen vermag, indem sie so leicht zu durchschauenden Zwecken die Dinge so darstellt, als wollten wir einen neuen sog. Kulturkampf heraufbeschwören, sind damit abgeworfen. Wir werden uns mit ganzer Kraft für die Aufrechterhaltung der Simultanschule einsetzen, lassen aber gleichzeitig keinen Zweifel daran, daß der Versuch, diese seit fast 60 Jahren im Lande wohlbekannteste Institution in der Richtung zur Wiedereinführung der konfessionell getrennten Schule rückwärts zu revidieren, bei uns auf den entschlossensten, vor keiner politischen Konsequenz zurückweichenden Widerstand stoßen würde.

Die erste Feuerprobe wird die wiedereröffnete Sozialdemokratische Partei in Baden bei den demnächst stattfindenden Gemeindevahlen zu bestehen haben. Der Offenburgener Parteitag hat unsere Stellung dazu in klarster Form präzisiert und die Anhänger im Lande auf die Fülle von Aufgaben hingewiesen, die unserer Partei in der Gemeinde harrten. Geben wir uns darüber keinerlei Täuschung hin, daß die privatkapitalistisch interessierten Parteien dieses Mal einen ganz besonders heftigen Aufsturm auf die Haushälter unternehmen werden, in denen sie mit Recht die Heimsellen des Sozialismus und das glänzendste Beispiel für gemeinwirtschaftliche Ideen erblicken.

Diesem Antritt gegenüber bedarf es des Aufwandes und der Zusammenfassung aller unserer Kräfte. Mit Begeisterung und Opfernheit heißt es jetzt an die Arbeit gehen, die uns am 19. November den Sieg sichern soll. Kein Jähzorn jetzt mehr und kein Ermüden! Je härter der Kampf, desto ehrenvoller der Sieg. Und wir werden auch diesmal den Sieg erringen, wenn wir nur wollen. Einig und geschlossen ist das sozialistische Proletariat unüberwindlich. Wohlan, zeigen wir uns auch in diesem Kampfe der ruhmvollen Vergangenheit unserer Partei würdig! Und krönen wir das Werk der Wiedervereinigung am 19. November mit einem glänzenden Siege!

Manheim, Anfang November 1922.
Der Bezirksvorstand
der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Badens
Blase. O. Ged. Sabn. A. Hofmann. Krämer. Vink.
Ab. Schwarz. Strobel. Trumppfeller. Zimmermann.

4 bis 4 Zeilen
Bereinsanzeiger
Nr. 20.— die Zeile
(Vergütungsanzeigen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme)
Karlsruhe. (Arbeiter-Sängerartell.) Freitag, den 10. ds. Mts., abends 8 Uhr, findet im „Goldenen Adler“ Nachfriedrichstr., Lokal Typographie, Kartellversammlung statt. Tagesordnung: Vortrag „Wege und Ziele des Arbeiter-Sängerartells“. Die Kartelldelegierten, Vereinsvorstände bzw. Verpflegungsmittellieferer und Sangesgenossen werden gebeten, zahlreich zu erscheinen. Besondere Einladungen ergehen nicht. 5521 Der Vorsitzende.
Karlsruhe. (Naturfreunde, Jugend-Abtl.) Mittwoch abend 7 1/2 Uhr Mühlburger Tor. Besatz der Mühlburger. 5531
Karlsruhe. (Kassalla.) Diese Woche keine Singstunde. Wiederbeginn der Proben Dienstag, 14. November. 5530
Karlsruhe. (Mittleren-Gesellschaft.) Jeden Dienstag u. Freitag, abends 7 Uhr, Übungsabend im Schreyffischen Bierkeller.

Parteiengenossen und Leser des „Volksfreund“
berücksichtigt bei euren Einkäufen die
Geschäftliche Rundschau!
Kauft nur bei den Geschäftsleuten,
die eure Presse mit Anzeigen unterstützen!

Arbeiter-Jugend Arbeiter-Sport

Turnen und Sport

An die Arbeiter-Sportvereine Badens

Der Beschluß des Arbeitersportkongresses von Jena hat an Zahltagen jede sportliche Tätigkeit zu unterbreiten. Wir ermahnen die badischen Arbeitersportvereine diesen Beschluß am 19. November, dem Tag der Gemeindevahlen, unter allen Umständen hochzuhalten und alle sportlichen Veranstaltungen (Fußballspiele, Wandern usw.) zu unterlassen. Stellt sich auch den sozialistischen Parteien zur Wahlarbeit zur Verfügung, denn an einem guten Ausgang der Gemeindevahlen für die Arbeiterschaft haben die Sportler das größte Interesse.

Mit freiem Sportgruß!
Zentralkommission für Sport und Körperpflege — Landeskartell Baden
H. A. Oehm, Stenz.

Der Arbeiter-Sport am Sonntag

Die Serien-Fußballspiele im Arbeiter-Turn- und Sportbund

A. Z. Sp. B. Reichenbach — F. G. Wacker Karlsruhe 1:4
Halbzeit 0:0. Beiden Mannschaften wäre ein ruhigeres Spiel zu empfehlen.

Freizeitspiele. L. und Sportverein e. V. Grünwettersbach — F. V. Vorwärts Ettlingen. Resultat: 5:1. Halbzeit 2:0. Ettlingen hat durch sein gutes Material allgemein überläßt und verspricht bei geeigneter Umstellung ein harter Gegner zu werden.

Stand der Serienspiele der Gruppe Bruchsal

Vereine	Spielt	Ge- wonnen	Unent- schieden	Ver- loren	Tore	Punkte
Sportklub Bruchsal	4	4	—	—	12:5	8
Arbeiter-Turn- u. Sport- Verein Wöflingen	3	2	—	1	6:2	4
F. V. Reichenbach	3	1	1	1	8:6	3
Arbeiter-Turn- u. Sport- Verein Unterwiesheim	4	1	—	3	3:7	2
Fußballklub Alemannia Oberrombach	4	—	1	3	4:13	1

Die Rückspiele beginnen am 8. Dezember. Am Sonntag, 12. Nov., nachm. 1/2 Uhr, findet in Wöflingen das Serienpiel Wöflingen—Reichenbach statt. Am 19. November ist Spielverbot für alle Vereine wegen den Gemeindevahlen. Am 26. Nov. findet in der „Gambirushalle“ in Karlsruhe eine Bezirksführer-Konferenz statt; wozu unbedingt sämtliche Vereinsleiter der Gruppe Bruchsal zu erscheinen haben, sowie alle gemeldeten Schiedsrichter. Die Vereine Bruchsal, Reichenbach, Oberrombach und Unterwiesheim sofort 150 M einzulenden zur Finanzierung der Weingarten Bezirksmannschaft. Nichtbefolgen der Anordnungen zieht unbedingt Ausschluß aus der Serie nach sich. Die Rückspiele finden nach der Terminliste statt und zwar auf den Plätzen der letztgenannten Vereine.

Die Serienspiele am Sonntag, 12. November

Altkl. Gruppe: Grünwettersbach in Langensteinbach. Cardigruppe, Klasse A: Durmersheim — Weiertheim in Durmersheim, 1/2 Uhr. Alle anderen Vereine spielfrei.
Gruppe Bruchsal. Das Spiel Wöflingen — Reichenbach kann am kommenden Sonntag (den 12. Nov.) infolge der Revolutionsfeier und anderen Ursachen nicht stattfinden.

Aus der Naturfreundebewegung. Am letzten Samstag konnte die Bezirksgruppe Karlsruhe der Ortsgruppe Gaggenau in eine selbständige Ortsgruppe umgewandelt werden. Gegen 150 Personen hatten sich im Lokal „zum Löwen“ in Freudenbach dazu eingefunden. Ein Musikstück der Hauskapelle leitete die Veranstaltung ein, worauf der Bezirksobmann Genosse Hermann die Anwesenden begrüßte. In Vertretung der Gesamtleitung sprach Genosse Ehrenfried über „Wer sind wir und was wollen die Naturfreunde?“. Er begründete, weshalb die Naturfreundebewegung eine Notwendigkeit wäre, wie sie entstanden ist und schilderte die Entwicklung der Naturfreunde bis zum heutigen Tage. Der weitere Inhalt des Referates zeigte den Weg, den die Naturfreunde einschlagen, um die arbeitende Bevölkerung zu einer höheren Lebensauffassung zu führen. Das Referat wurde mit allgemeinem Beifall aufgenommen. Darauf schilderte der Obmann der Ortsgruppe Gaggenau, Genosse Klein, die Entwicklung der Bezirksgruppe bis heute. Der neuen Ortsgruppe haben sich 108 Genossinnen und Genossen angeschlossen.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 7. November Geschichtskalender

7. November. 1917 Sieg der Revolution in Petersburg. — 1918 Revolution in Nord- und Nordwestdeutschland. — 1919 Der Sozialist Hugo Haase an den Folgen eines Attentats.

Karlsruher Parteinachrichten

Frauenversammlung. Genossinnen, veräußert die heute abend 8 Uhr im unteren Saale der Handelskammer stattfindende Frauenversammlung nicht! Gen. Stadtrat Jung wird über „Die fädt. Milchversorgung“ sprechen. Das Thema ist dazu angetan, daß die Versammlung gut besucht wird.

Bezirk Mühlburg. Mit Rücksicht darauf, daß am Donnerstag, den 9. November im Saale zu den Drei Linden in Mühlburg die Revolutionsfeier für den Stadtteil West, Südwest und Mühlburg stattfindet, kann die in der Vertrauensmännerung am Freitag beschlossene Wählerversammlung am Mittwoch nicht stattfinden. Voraussichtlich findet dieselbe am Samstag statt. Als Referenten sind vorgelesen, Genosse Stadtrat Fischer und Genossin Stadträtin Fischer. Die Bekanntgabe des Votales sowie alle übrigen zu ergreifenden Maßnahmen werden im Volksfreund publiziert.

Bezirk Altheim. Morgen Mittwoch abend 8 Uhr im „Schwanen“ Parteiverammlung. Gen. Stadtrat Jung spricht über „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Gemeinde“. Die Parteigenossen und Genossinnen werden um zahlreiches Erscheinen ersucht.

Resultat wurde mit großem Beifall aufgenommen. Hierauf erfolgte die Wahl. Die seither bestehende Bezirksgruppenleitung wurde wieder gewählt, was zu besten Hoffnungen für die Zukunft der Ortsgruppe berechtigt. Ein herzliches „Mia auf“ und kräftiges „Verg frei“ der neuen Ortsgruppe.

Ein Verlegenheitsprodukt. Wie sich unsere Leser noch erinnern können, war in Weingarten beim Empfang der dortigen vom Leipziger Arbeiterturnfest zurückkehrenden Arbeiterturner Gendarmen aufgeboten und doch in Durlach schon ein Auto zwecks Herbeiführung von weiteren Kräften bereitstand, weil — bitte nicht lächeln! — es in der Einladung zum Empfang hieß, daß der Empfang „demonstrativen Charakter“ tragen müsse, um der arbeitersportfeindlichen Gemeindevverwaltung die Stärke der Arbeitersportbewegung in Weingarten zu zeigen. Mit Recht wurde das Aufgebot der Gendarmen kritisiert und gefragt, wer der Verantwortliche sei. Dies war am 1. August. Nun meldet sich am 2. November das Bezirksamt Durlach und zwar mit folgender Erklärung:

„Auf die Artikel in Nr. 176 und 218 Ihres Blattes teilen wir Ihnen mit: Anlässlich der Rückkehr der Turner vom Leipziger Reichssporttag war in Weingarten eine Straßendemonstration gegen die Gemeindevverwaltung angeordnet worden. Für den Fall, daß diese Demonstration zu Ausschreitungen geführt hätte, was zwar nicht anzunehmen war, aber nach den Durlacher und Bruchsaler Vorkommnissen von der Polizeibehörde pflichtgemäß zu erwägen war, wäre die Verhinderung der Ordnung durch die Gendarmen erfolgt. Von Verhinderung von Sipo und Maschinenwehren war keine Rede. Am Bahnhof Weingarten befanden sich, wie bei jedem Zusammenkommen größerer Menschenmengen üblich, zwei Gendarmen, weitere Gendarmen waren in Weingarten nicht anwesend.“

Vorstehende Erklärung ist ein Verlegenheitsprodukt sonderbar und enthält geradezu handgreifliche Widersprüche, jedoch man nicht näher darauf eingehen braucht. Kein Wunder, daß ein Vierteljahr verging, bis diese schwere Geburt ihre Veröffentlichung finden konnte. Eine schlechte Sache läßt sich auch schwer verteidigen. Insofern Erachtens hat das Durlacher Bezirksamt der Darstellung der bereits gemordeten Weingartener Gemeindevverwaltung zu große Beachtung geschenkt. Es hätte ruhig die Klage der Weingartener Arbeiter gegen die Gendarmen überlassen können.

Schweres Unheil. Am Sonntag, 5. verammelten sich die Vereine des 5. Bezirkes des 17. Kreises der Arbeiter-Athletenverbandes zum Zweck der Ausrichtung der Bezirksmeisterschaften. Von den 18 dem Bezirk angehörenden Vereinen bewarben sich 10 darum und finden die Kämpfe am kommenden Sonntag wie folgt statt: Kraftsportverein Olympia Knielingen und Karlsruher Athletenvereinsclub (Nichter Neureuth und Mühlburg), freier Ring- und Stenmlab Forstheim und Kraftsportverein Gaggenau (Nichter Karlsruhe und Durlach), Kraftsportverein Neureuth und Kraftsportverein Durlach (Nichter Karlsruhe und Gröbningen), Athletenclub Einigkeit Mühlburg und Kraftsportverein Reisch (Nichter Knielingen und Mühlburg), freier Athletenclub Gröbningen und Kraftsportverein Mühlbach (Nichter Forstheim und Bezirksvorstand). Wegen des Beginns der Weltkämpfe haben sich die Bezirksvereine sowie die Richter miteinander zu verständigen. Die Preisrichter sind verpflichtet, jenseits Sonntag der Postkarte an die Bezirksleitung, Genossen W. H. v. Karlsruhe, Müppelreiterstraße 98, über das Ergebnis Bericht zu erstatten. Alle Berichte und Ergebnisse werden nur im Sportblatt des „Volksfreund“ veröffentlicht.

Jugend

Die Einigung der sozialistischen Arbeiterjugend vollzogen

Der Reichsausschuß der Arbeiterjugendvereine Deutschlands sowie eine Reichskonferenz der sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands hielten letzte Woche in Leipzig ihre Tagungen ab, um zu den von beiden Zentralen gemeinsam gemachten Einigungsvorschlägen Stellung zu nehmen und Beschluß zu fassen. Der Reichsausschuß der Arbeiterjugend, der aus 28 Bezirken schiedt war, nahm die Einigungsvorschläge einstimmig an, die

Reise- und Sporthaus
Edward Müller
Kofferfabrik
Waldstr. 45 Karlsruhe i. B. Tel. 2165
Beste und billigste Bezugsquelle
für sämtliche Sport-Geräte 7840

Reichskonferenz der Sozialistischen Arbeiterjugend erklärte sich in nennenswerter Abstimmungen mit 98 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen für die Einigungsvorschläge.

Die nachmittags im Zoologischen Garten, zusammengetretene Einigungskonferenz wurde von Schröder-Leipzig (SPJ) eröffnet, und nachdem das Kampfbild „Dem Proletariat entgegen“ verlesen, die Wahl des Vorstandes vorgenommen. Die SPD. erhielt 3 Vertreter im Hauptvorstand und wurden Westhaal (SPJ) 1. und Schröder (SPJ) 2. Vorsitzende. Die 98 Reichsausschußmitglieder der AJ, werden bei der nächsten Reichskonferenz der nunmehr Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands ergänzt durch die bisherigen 16 Reichsausschußmitglieder der SPD.

Die Einigungsbestimmungen fanden einstimmige Annahme wie auch der folgende Programmvorschlag:
Der Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands erzieht seine Mitglieder im Geiste der sozialistischen Weltanschauung und zu Kämpfern für die sozialistischen Ideale. Er vertreibt die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Forderungen der proletarischen Jugend.

Der Verband macht es sich zur Pflicht, in dauernder Zusammenarbeit mit dem vorwärtsstrebenden Jungproletariat aller Länder die wirtschaftliche und geistige Not der Arbeiterjugend zu beseitigen. Er betrachtet es als seine Aufgabe, unermüdet für den wachsenden Widerstand und die sozialistische Gesellschaft einzutreten.

Nach Begrüßungsworten der internationalen Vertreter Georg Wien von der Wiener Arbeitergemeinschaft der SPJ, Dillenbauer-Berlin von der Arbeiterjugendinternationalen und Ludwig vom Parteivorstand der SPD, schloß der erste Vorsitzende Westhaal mit einem feierlichen Schlußwort und einem Hoch auf die Sozialistische Arbeiterjugend Deutschlands die Einigungskonferenz. Nach dem Gesang der Internationale ging die Konferenz auseinander.

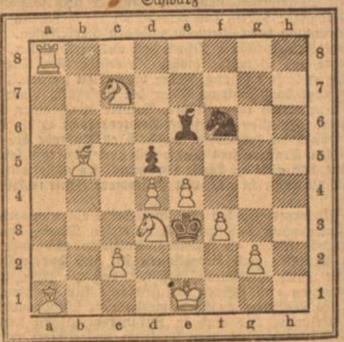
Wochenprogramm der Arbeiterjugend

Karlsruhe. Gruppe West: Dienstag Musikabend ab 1/2 8 Uhr. — Mittwoch Bibliothek von 2 Uhr nachm. bis 8 Uhr abends; beides bei Jugendenten. Weis, Herberich, 4. u. Stad. — Donnerstag Beteiligung an der Revolutionsfeier in den „Drei Linden“.

Durlach. Mittwoch, 8. Nov., 1/2 8 Uhr. Diskussionsabend in der Schillerstraße Zimmer Nr. 1. — Donnerstag, 9. Nov. Beteiligung an der Revolutionsfeier. Zahlreiches Erscheinen an beiden Veranstaltungen ist erwünscht.
Bruchsal. Mittwoch, 8. Nov., abends 8 Uhr. Mitgliederberberatung. Infolge Wichtigkeit der Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen notwendig.

Schach

Aufgabe Nr. 25: A. Wulfer Schwarz



Weiß
Matt in 8 Zügen

Aufgabe Nr. 26: A. Künze

Weiß, 7 Steine: K e5, D b2, T g7, L g3, L a8, S d3, Bauer c3
Schwarz, 11 Steine: K e8, D d2, T h6, S e6, S f8, L e6
Bauern a5, c2, e4, d3, h7.
Matt in 8 Zügen

In mein Volk!

Ich hab' Diamanten und Perlen
Ich hab' eine Braut nach Begehren,
Und freie sie — trotz dreihundertjährig,
Sag Deutschland, was willst du noch mehr?
Aus Diamanten und Perlen,
Da hab' ich ein Brautdamen
Dermitteln herstellen lassen,
Sag Deutschland, was willst du trotzdem?
Ich hab' dich zugrunde gerichtet?
Wieso denn — ich blieb Milliarden!
Du kannst mich... Das Vett' ist gerichtet,
Mein Deutschland, du kommst hinterher.
Mich, von Lindenbenden.

Hilfe für Notleidende

Eine Ortsgruppe für Deutsche Notgemeinschaft in Karlsruhe gegründet

Die Not der alten Leute, Klein- und Sozialrentner, Witwen und Waisen, sowie aller, die ihrer Arbeitskraft beraubt, ist unbeschreiblich. Die Reichsregierung hat deshalb die „Deutsche Notgemeinschaft“ ins Leben gerufen, die sich in Ortsausschüsse gliedern soll. Zu diesem Zweck fanden sich gestern Damen und Herren der verschiedenen Organisationen, der Handelskammer, Gewerkschaften, des Zentralverbandes der Zwölfliden, der Konfessionen, landw. Genossenschaften, Kleinrentner, Arbeiterberverbände, sowie verschiedener Fürsorgeorganisationen usw. im großen Rathhansaal ein, um hier in Karlsruhe einen solchen Ortsausschuß zu gründen. Oberbürgermeister Dr. Finter, der die Sitzung leitete, wies in kurzen aber treffenden Worten

auf die ungeheure große Not hin, die in Kreisen der Sozial- und Kleinrentner, Kriegsbeschädigten, Witwen und Waisen, sowie aller Arbeitsbeschäftigten und Arbeitsunfähigen herrscht. Hier gelte es zu helfen, und zwar solle nicht nur der zur Hilfe verpflichtete Reichthum beisteuern, sondern auch die Arbeitskraft durch freiwillige Arbeitsleistung. Gemeinsame Hilfe habe einzuflehen. Die bisherige öffentliche Unterstützung reiche nicht mehr zur Beseitigung der überaus großen Not aus, da die Klassen der Gemeinden leer sind. Soffentlich zeigt sich auch bei dieser Aktion der große Gemeininn der Karlsruher Bevölkerung. Schon jetzt wurden durch freiwillige Gaben ca. 6 Millionen zusammengebracht.

In der Ausdrache wurde von allen Rednern der Gedanke, den Bedürftigen zu helfen und die Notgemeinschaft zu gründen, gutgeheißen. Aber rasche Hilfe müsse erfolgen. Die Vertreter der landw. Genossenschaften und des Beamtenbundes, sowie der Handelskammer und Konfessionen erklärten ihre Zustimmung. Von Arbeitgeberseite wurde die Leistung von einer Ueberstunde empfohlen, für welche sich der Vertreter des Gewerkschaftsrings einverstanden erklärte. Genosse Erb sagte die Unterstützung durch die Arbeiterkassen zu, die Sache werde von den Gewerkschaften besprochen werden. Vom Zentralverband der Zwölfliden wurde eine gerechte Verteilung der Mittel gewünscht. Auch der Gedanke der Errichtung eines Waisensand Erziehung, jedoch waren die Meinungen darüber geteilt. Gen. Stadtrat Schwertfagte ebenfalls die Teilnahme der Arbeiterkassen am Hilfswerke zu, betont aber, daß die Frage, wie dies geschehen soll, der Arbeiterkassen selbst zu überlassen sei. Betont wurde auch, daß gerade die

Residenz-Sichtspiele
Waldstr. 30 - Telefon 5111.

Bis einschliesslich Freitag.
Zu den Nachmittags-Vorstellungen
2-5 Uhr sowie 5-7 Uhr haben auch
Jugendliche unter 18 Jahren zu
halben Preisen Zutritt.

Die Jungfrau v. Orleans
7 Akte.
Bearbeitet nach Fr. v. Schiller.
In der Hauptrolle:
Geraldine Farrar.
„Fatty als Liftboy“
Lustspiel in 2 Akten. 5516

Badisches Landestheater.
Dienstag, d. 7. Nov., 7 bis nach 9 1/2 Uhr. A. 250.-
Volkshalle J 3

Martha oder der Markt von Richmond.

Es gibt nichts Praktischeres u. Billigeres als meine bewährte
DAUER-WAESCHE
halt abwaschbar, mit prima Stoffeisen u. Wollern empfohlen
Kosenträger, Krawatten, Schirme,
Stöcke, sowie sämtlich Herrenartikel.
Spezialhaus für Herrenwäsche u. Herrenmoderartikel.
Teleph. **Andr. Weinig jr.** Karlsruhe
5476 Kaiserstr. 40.

In **Karl Hummel's**
Sohlschleiferei
Werderstr. 33
werden
Rasiermesser,
Rasierklappen, Haarschneidemaschinen,
Pferdeschere, Haarschneidemaschinen, Haus-
haltschere, Tischmesser, Taschenmesser nfm.
jährgemäss geschliffen und repariert. 4329

Verschieben Sie
es nicht, Ihren Anzugstoffen bei mir
Einkauf in einzudecken
1 Coupon je 1 Anzug von 7000 Mk. an.
Grosse Auswahl vorhanden.
S. Rosenthal, Kronenstrasse 47.

Mieter-Vereinigung Karlsruhe
Mitgl. d. Landesverband u. Bund Deutscher Mietervereine
Sprechstunden: Morgenstr. 51, parterre.
„Café Roland“, Café Gillingen u. Roma Saal
Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag
„Unter den Linden“, Café Kaiserliche u. Poststr.
jeden Mittwoch. 5196

BREMEN

**AMERIKA
OSTASIEN
AUSTRALIEN**
Regelmäßiger Personen- und Frachverkehr mit
eigenen Dampfern. Anerkannt vorzüglichste Unter-
bringung u. Verpflegung f. Reisende aller Klassen
Reisegepäck-Versicherung
Nähere Auskunft durch
**NORDDEUTSCHER
LLOYD
+ BREMEN +**
und seine Vertretungen
in Karlsruhe: Norddeutscher Lloyd,
Agentur Karlsruhe, Karlsruherstr. 22,
in Baden-Baden: Lloyd-Reisebüro,
W. Langguth, Lichtenthalerstr. 10,
Café Zablor.

Druckarbeiten
aller Art liefert die Buch-
druckerei „Sollfrund“
Luisenstraße 24.

**Verband der Gemeinde- u. Staats-
arbeiter, Verwaltungsstelle Karlsruhe.**
Donnerstag, den 9. November, nachmittags
4 Uhr, findet in der „Gambrius-Halle“ für alle
in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten
Arbeiter und Arbeiterinnen eine
außerordentlich wichtige
Bersammlung
statt.
Tagesordnung:
**Wie stellen wir uns zu dem Ergebnis der
beiden letzten Lohnregelungen?**
Die Kollegen und Kolleginnen werden dringend
erjucht, in ihrem eigenen Interesse zu erscheinen.
5532 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Eisenbahner-Verband
Verwaltungsstelle Karlsruhe.
Sonntag, den 12. November im Saale
der Gesellschaft „Eintracht“ (Karl-
Friedrichstr.) aus Anlaß des 20-jährigen
Bestehens der Ortsgruppe
Bunter Abend.
Leitung: Direktor Hans Blum.
Einlaß: 5 1/2 Uhr. Anfang punkt 6 Uhr.
Mitwirkende:
Hete Stechert, Hermann Wucher-
pfein, Willy Schewpe vom
Landestheater; Liesel Müller-Suhr,
Solistin; Ruth Porita, Lauten-
sängerin; Hans Blum, Direktor der
Volkshalle, 5520
Arbeiter-Sängerbund „Vorwärts“.
Nach dem künstlerischen Teil **TANZ.**
Ballmusik Leitung: Willy Bahl.
Eintritt Mk. 30.- einschliesslich Steuer.
Karten mit Programme bei den
bekanntesten Betriebsvertrauensleuten, so-
wie im Verbandsbüro, Rankestr. 26
und an der Abendkasse erhältlich.

Union - Theater
Die erste Filmoper der Welt!
Jenseits des Stroms.
Große phantastische Filmoper
von Ludwig Czerny.
Musik von Ferdinand Hummel.
Hauptdarsteller: Ada Svedin, Lydia
Salmaova, Walter Jansson u. a.
Unter Mitwirkung des Ballets der
Staatsoper Berlin aufgenommen.
Auchdem:
Der zeugende Tod.
Drama in sechs Akten 5522
mit **Leontine Kühnberg.**

Nach langjähriger Assistententätigkeit im
Neuen Viro-Haus bei Herrn Professor
Dr. Arnsperger habe ich mich hier als
Facharzt für Chirurgie
niedergelassen.
Dr. med. Franz Herbert
Südendstraße 39 II - Telephon 529
Sprechstunden: täglich 1/4-5 Uhr.
Samstags keine. 5527

Felle! Frühl. in sämtlich Wä-
rbeit. Steuerg.
u. Wollschneid. durch
perfekt. mehrere 3. auf 90-
werth. als Büro tätig. Lust
auf 1. Januar Vertausch-
belung. Gef. Off. mit Str.
5528a. d. Sollfrundbüro

**Kanin
Hasen
Ziegen
Maulwürfe
Katzen
Marder
Füchse
Tierehaare
Menschenhaare**
kaufen und zahlen die
höchsten Tagespreise
Lupolianski & Cie. 5528a. d. Sollfrundbüro
Meyenstr. 13, 2. Hof
Telephon 1445.

Stäubert. Zimmer,
gehörig, mit fadenber-
ndung am 15. November
zu mieten gesucht. Offer-
ten unter Nr. 5515 an das
Sollfrundbüro erbeten.

Stäubmaschine gutbe-
r. zu kauf-
geht. Off. mit Str.
5528a. d. Sollfrundbüro

Hotels, Cafés, Vergnügen
Gasth. z. Gold. Hirsch, Kaisersr. 129. Altbek gut
bei Speise-
restaurant, reichh. Mittags- u. Abendtisch eig.
Schlächterei, tügl. alle Sort. hausz. Wurstwaren

CAFÉ BAUER
Täglich Künstler-Konzert
Violin-Virtuose Dolezel

Bekleidung, Schuhe, Putz
Adolf Stein Nachf.
Inh.: J. Weiss
Spezialhaus für Herren- u. Jünglingsbekleidung
fertig und nach Mass
Kaiserstraße 233, Ecke Hirschstraße
1. Etage - Telephon 1860.

Leonhard Gietz, Schneider-
meister
Karlsruhe, Marienstr. 27
Großes Lager fertiger Herren- u. Knabenkleider
sowie neuester Stoffe zur Massanfertigung.

Karl Fuchs, Kaiserstr. 205 I.
2750 Teleph. 2750
Feine Herrenschneiderei
Sportbekleidung und Livreen
Refekthaltiges Lager In- und Auslandstoffe.

W. Boländer
Spezialhaus für
Bekleidung u. Ausstattung

Eugen Löw-Hölzle
Kaiserstraße 187
Schuhwaren.

Carl Frey Nachf. Inhaber:
W. H. Friedrich
Kaiserstr. 99 Herrenartikel Teleph. 3228

August Erb, Kaiserstr. 115, Tel. 2658
Kurz-, Weiss-, woll- und Mode-Waren

Adolf Kahn, Rheinstraße 16
Manufaktur und Weisswaren

An- und Verkauf Levy
Markgrafstr. 22 Telephon Nr. 2015
Kleid-, Hütel-, Möbel, Antiquitäten, Schmuckwaren etc.

August Mayer, Karl-Friedrichstraße 6
Weisswaren -: Gross- und Klein-Verkauf

S. Rosenbusch, Kaiserstr. 137
Spezialhaus für Damen- u. Kinderhüte

Geschäftliche Rundschau u Zeitungs-Dauer-Fahrplan
Spiegel & Wels Nachf.,
Telephon 1052 KAISERSTRASSE 166 bei der Hauptpost
Grosses Spezial-Geschäft für beste
Herren- und Knaben-Kleidung
fertig und nach Mass.

Ankunft in Richtung:

Pforzheim	Heidelberg	Mannheim	Rastatt	Rastatt	Pfalz	Eppingen
Vorm. (Nachm.)	Vorm. (Nachm.)	Vorm. (Nachm.)	Vorm. (Nachm.)	Vorm. (Nachm.)	Vorm. (Nachm.)	Vorm. (Nachm.)
L1212 1220	1225 2 24	D212 1225	D212 1225	D212 1225	W621 1225	W611 1225
D311 2 28	D212 2 32	6 20 2 12	6 10 2 10	W41 2 10	W621 2 10	W611 2 10
6 4 D212 2 32	7 20 W512 2 32	7 24 S212 2 32	7 10 4 8	7 10 D212 2 32	7 10 2 32	7 10 2 32
W621 2 32	D212 2 32	L812 2 32	D212 2 32	5 47 11 28	5 47 11 28	5 47 11 28
7 24 5 28	W312 2 32	D212 2 32	9 12 5 20	D212 2 32	D 24 11 21	11 21 11 21
E712 2 32	D212 2 32	D212 2 32	D212 2 32	7 24 7 24	7 24 7 24	7 24 7 24
9 10 D212 2 32	D212 2 32	D212 2 32	D212 2 32	S812 7 24	S812 7 24	S812 7 24
9 14 W712 11 28	10 14	D212 2 32	D112 2 32	8 22 8 22	8 22 8 22	8 22 8 22
D111 11 28	11 28	10 22	D101 2 32	8 22 8 22	8 22 8 22	8 22 8 22
D112	D112	0 21	D102 2 32	11 11	11 11	11 11
			D102 2 32			

W: Wochentags, Sa: Samstag, S: Feiertage, W*: Wochentags ausg.-Samstags, E: Eilzug, D: D-Zug, L: Luxuszug

Leipheimer & Mende
Spezialgeschäft für
Manufakturwaren

STRUMPF-HAUS
Rudolf Wieser
Kaiserstr. 153 Telephon 740

Karlsruhe **SPORT** Fil. Durlach
KARLSRUHE Haupt-Str. 30
BEIER Fernspr. 20

Reserviert für
L. Mayer, Baden-Baden.

Kappes & Kluge, Kaiserstr. 86,
Sämtliche Toilettenartikel, Puppenartikel.

Gebr. Ettlinger
Spezialhaus für Besätze und Spitzen
und sämtliche Zutaten für die Damen-
schneiderei, Handschuhe, Strümpfe,
Wollwaren, Kinder-Ausstattung. :-

L. Weingand, Putz- und Modewaren
Philippstr. 1, gegenüber der Kath. Kirche.
Allgemeines
Spezial-Kofferhaus
Geschw. Sämmler
Kronenstrasse 51
Reisekoffer, Led. w. w. w., Damenschuhe u. s. w.

Aretz & Co., Gummiwarenhaus
Krankenpflege-Artikel - Linoleum
Wachstuche
Kaiserstrasse 215 Telephon 210

C. Frohmüller, Karlsruhe i. B., Samen-
handlung
Inh.: Camill Hans Klasterer
Am Ludwigsplatz Telephon 5435

Friedr. Blos, Praktische Geschenkartikel,
Leder- und Parfümerien, Kaiserstrasse 101

Christian Niefer
Kohlen - Koks - Bricketts - Holzkohlen
Karlsruhe i. B.

Haid & Neu
Karlsruhe in Baden
Nähmaschinen
in höchster Vollendung
und Leistungsfähigkeit
Nähmaschinenhaus Exzellenz G. m. b. H.
Ecke Mühlburger Tor/Westendstraße.

Franz Mappes, Nähmaschinen, Fahrräder,
Reparaturwerkstätte, Kaiserstrasse 172.

Carl Ehrfeld, Nähmaschinen, Fahrräder,
Erbsprinzenstr. 1 (Rondellplatz), Telephon 102.

J. Ettlinger & Wormser, Karlsruhe / Baden,
Kaiserstr. 1, u. 11, 116. :- Bism. Strassen- u. Metall.

Heinrich Schlier Nachf., Birsten,
Karlsruhe für Wiederverkäufer

Rosenfeld & Co. Neureuter-
strasse 5
Eisen - Metall - Grosshandlung

J. C. Moser Nachf., Kaiserstr. 227,
Spezialgeschäft für Büro- u. Schreib- u. Buchbind.-Per-
sone - 172, Verkaufsstellen: Kohl a. Rh., Ludwigsstr. a. Rh.

S. Krämer, Möbel- und Bettenhaus
Kaiserstr. 30, Telephon 4233.
Schlafzimmer, Wohnzimmer, Küchen, Diwanen und alle
Sorten einische Möbel. Billigste Preise.
:-: Outland reelle Bedienung. :-: :-

Holz-Gutmann, Kaiserstr. 109
Übernahme kompl. Wohnungs-Einrichtungen

Möbel, ganze Einrichtungen, Einzelmöbel, Betten
Billigste Preise! **EPPEL,** Steinstrasse 6.

Gebr. Kaufmann, Furniergrosshandlung,
Gottesauerstraße 30, Telephon 5429

Fritz Müller Musikalien - Handlung
Instrumente
Kaiserstr. Ecke Waldstr.

Gebr. Schmitt, Mineralwasserfabrik
Kulmbacher Bier - Bernhardtstr. 7, Tel. 9058

E. Iben, Billigen, Oisbaumschule
am Staatsbahnhof

UHREN, GOLOWA IEN und TRAUENGE
J. HILLER, WALDSTR. 24

Otto Mayer Paul Hügel, Seiler-
str. 11, Arbeiterwäsche,
oder Art. Kleiderwaren
47-5, 111-111, 111-111